

## FAMILIEN

### „Gute-Kita-Gesetz“

Es sorgt für niedrigere Gebühren und mehr Qualität in der Kinderbetreuung. Die neuen Bundesländer erhalten hierbei von den bis zum Jahr 2022 rund 5,5 Milliarden Euro bereitgestellten Bundesmitteln insgesamt 1,115 Milliarden Euro.

### „Starke-Familien-Gesetz“

Die Bundesregierung stellt einen höheren Kinderzuschlag für Familien mit kleinem Einkommen bereit und verbessert die Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder und Jugendliche. Das bedeutet für knapp vier Millionen Kinder aus ärmeren Familien mehr Unterstützung. Am meisten profitieren Alleinerziehende von den neuen Regelungen.

### „Demokratie leben!“

Mit der Aufstellung des Haushaltes für 2021 werden in der Finanzplanung für das Programm bis zum Jahr 2023 Mittel in Höhe von mindestens 115 Millionen Euro zur Verfügung gestellt..



## AUFARBEITUNG SED-UNRECHT

### •Änderung Rehabilitierungsgesetze

Wir haben die Unterstützung für die Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR verbessert: Opferrenten wurden erhöht, Heimkinder werden einfacher rehabilitiert, Antragsfristen wurden verlängert oder gestrichen.

### •SED-Opferbeauftragte

Seit dem 17. Juni 2021 liegen die Unterlagen der früheren DDR-Staatssicherheit im Bundesarchiv. Die Aufklärung anhand der Akten bleibt aber weiterhin möglich. Neu geschaffen wurde das Amt einer Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur.

## ARBEIT UND SOZIALES

### •Grundrente

Männer und Frauen, die trotz langen Arbeitslebens und wegen niedriger Löhne, nur wenig Rente haben, werden künftig deutlich mehr Rente in der Tasche haben. Davon profitieren über 300.000 Menschen in Ostdeutschland.



### •Mindestausbildungsvergütung

Auszubildende erhalten seit 2020 im ersten Lehrjahr 515 Euro im Monat. Da in Ostdeutschland die Ausbildungsvergütungen deutlich unter Westniveau liegen, profitieren hier 32 Prozent aller Auszubildenden.

### •Betriebsrätemodernisierungsgesetz

Es erleichtert die Gründung von Betriebsräten und sorgt für einen besseren Kündigungsschutz für Beschäftigte. Außerdem werden die Rechte zur Mitbestimmung ausgeweitet und die digitale Betriebsratsarbeit geregelt.

### So erreichen Sie uns:

Ost-SPD im Deutschen Bundestag  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 - 227 72133  
Mail: [ost-lg.spd@bundestag.de](mailto:ost-lg.spd@bundestag.de)

Aktuelle Informationen gibt es auch auf unserer  
Website: <https://spd-landesgruppe-ost.de/>



Bilanz 2017-  
2021-  
Was haben wir  
für den Osten  
erreicht?

SPD  
BUNDESTAGS  
FRAKTION  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)



## WIRTSCHAFT UND ENERGIE

### •**Strukturstärkungsgesetz - Neue Arbeitsplätze**

Bis 2038 werden wir in Deutschland aus der Kohle aussteigen. Damit in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier neue gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen, hilft das Strukturstärkungsgesetz. Gut 25 Milliarden Euro an Bundesmitteln stehen allein für die beiden Regionen zur Verfügung – beispielsweise für den Ausbau von Bahnstrecken, Straßen und Radwegen, für neue Forschungseinrichtungen, die Ansiedlung neuer Unternehmen, für Bildungs- und Kultureinrichtungen.



### •**Gemeinschaftsaufgabe**

#### „**Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**“ (GRW)

Rund 80% dieser Förderkullisse fließen in die neuen Bundesländer. Die Mittel richten sich insbesondere an bestehende Unternehmen und Existenzgründer\*Innen. Mit der Etablierung eines Gesamtdeutschen Fördersystems zum 1. Januar 2020 wurde die finanzielle Förderung auf strukturschwache Regionen in ganz Deutschland ausgedehnt. Dabei ist uns ein besonderes Anliegen, dass die strukturschwachen Regionen im Osten nicht schlechter gestellt werden.

### •**Entlastung der Kommunen**

Der Bund entlastet die Kommunen spürbar von den Sozialausgaben, indem er seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft (KdU) für Langzeitarbeitslose dauerhaft erhöht. Künftig beteiligt er sich mit bis zu 75 Prozent. Entsprechend verringert sich der kommunale Anteil. Das gibt den Kommunen Spielraum für Investitionen in die Daseinsvorsorge.



## HEIMAT UND WOHNEN

### •**Mehr Bundesbehörden im Osten**

Im Osten werden mehr Bundesbehörden und entsprechende zusätzliche Arbeitsplätze angesiedelt – allein 5.000 in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen. Dazu gehören beispielsweise das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Weißwasser), das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten (Brandenburg a.d.H.), die Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (Naumburg), die Agentur für Sprunginnovation und das neue Fernstraßenbundesamt (Leipzig), die Bundeszentrale für politische Bildung (Gera).

### •**Stärkung des Ehrenamtes**

In Neustrelitz arbeitet seit 2020 die neue „Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt“. Sie fördert und unterstützt ehrenamtliches Engagement – vor allem in strukturschwachen und ländlichen Regionen. Davon profitieren insbesondere die neuen Länder.



## STEUERN

### •**Solidaritätszuschlag - Mehr Netto vom Brutto**

Seit Januar 2021 ist der Solidaritätszuschlag für mehr als 90% die Bürgerinnen und Bürger abgeschafft und für weitere 6 ½ Prozent reduziert. Dies kommt neben zahlreichen Privathaushalten auch kleinen und mittleren Unternehmen zugute, die maßgeblich für die positive wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland verantwortlich sind.



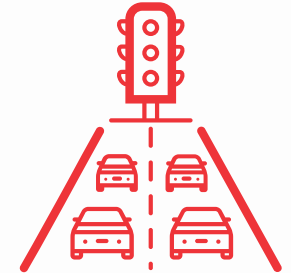
## BILDUNG UND FORSCHUNG

### •**„DigitalPakt Schule“**

Über den DigitalPakt Schule stellen wir mittlerweile 6,5 Milliarden Euro bereit, unter anderem für digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrerinnen und Lehrer und für den Aufbau von Administratorsystemen. Ein Fünftel der Bundesmittel gehen entsprechend des Königsteiner Schlüssels nach Ostdeutschland.

### •**„Exzellenzstrategie“ (ExStra)**

Die ostdeutschen Hochschuleinrichtungen TU Dresden und die Humboldt-Universität zu Berlin erhalten im Rahmen der 2016 beschlossenen „Exzellenzstrategie“ (ExStra) Fördermittel von Bund und Ländern zur Stärkung der Spitzenforschung an Universitäten.



## VERKEHR

### •**Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz**

Im Haushalt 2021 wurden die Mittel auf eine Milliarde Euro erhöht. Der Bund gewährt den Ländern dadurch Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. An die neuen Bundesländer fließen davon 24%.

### •**Regionalisierungsmittel**

Wir stärken den Öffentlichen Personennahverkehr in den Kommunen. Vor allem während der Corona-Pandemie sind die Fahrgastzahlen drastisch gesunken. Deshalb haben wir die Länder um 3,5 Milliarden Euro entlastet.